



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

30. Sitzung (öffentlich)

6. November 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:30 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Heinz-Uwe Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss kommt überein, den Haushalt noch nicht abschließend zu beraten.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

6

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/3800

Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
Vorlage 16/1072 (Erläuterungsband)
Vorlage 16/1294 (Typoskript der Einbringungsrede von Minister Schneider)

Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
Vorlage 16/1121
Vorlage 16/1248

Der Ausschuss berät über den Antrag der Fraktion der Piraten bezüglich der Einführung eines neuen Titels „Zuschüsse des Landes zur Fortführung der Schulsozialarbeit“ (Kapitel 11 041). Die Gespräche des Landes mit dem Bund bezüglich der Finanzierung der Schulsozialarbeit sollen abgewartet werden.

Der Ausschuss will in der nächsten Sitzung eine Debatte über die Ergebnisse der Sachverständigenanhörung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend zu diesem Thema führen.

2 Aktuelle Ausbildungssituation in Nordrhein-Westfalen 10

Vorlage 16/1322 (Neudruck)

– Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

3 Duale Ausbildung in der Landesverwaltung 24

Vorlage 16/1302

Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

4 Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes 25

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 16/2723

APr 16/281

Der Ausschuss kommt überein, die weitere Beratung über den Gesetzentwurf bis zur Veröffentlichung der Entscheidungsgründe des Bundesverwaltungsgerichts zu diesem Thema abzuwarten.

**5 Bericht zum „Stand der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive
Altenpflege 2012 – 2015“ 27**Vorlage 16/1312
Bericht der LandesregierungDer Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur
Kenntnis.**6 Aktueller Sachstand hinsichtlich der Vorgänge bei verschiedenen
Transplantationszentren 28**Vorlage 16/1309
Bericht der LandesregierungDer Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur
Kenntnis.**7 Bericht über die Hintergründe eines Patienten, der sich seit 38
Jahren zu Unrecht in der LWL-Nervenklinik Warstein aufhält 30**Vorlage 16/1339
Bericht der LandesregierungDer Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur
Kenntnis.**8 Verschiedenes 31**Der Ausschuss stimmt allen Vorschlägen des Vorsitzenden
bezüglich der Tagesordnungspunkte der Sitzung am 13. No-
vember 2013 zu.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Günter Garbrecht begrüßt unter anderen 20 Auszubildende der Barmer GEK.

Michael Scheffler (SPD) bittet darum, am heutigen Tag nicht abschließend über den Haushalt zu befinden, da die SPD-Fraktion erst in der kommenden Woche abschließende Haushaltsplanberatungen durchführen werde.

Vorsitzender Günter Garbrecht stellt, nachdem es keinen Widerspruch gab, fest, dass der Ausschuss damit einverstanden ist.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/3800

Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
Vorlage 16/1072 (Erläuterungsband)
Vorlage 16/1294 (Typoskript der Einbringungsrede von Minister Schneider)

Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
Vorlage 16/1121
Vorlage 16/1248

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, das Plenum habe den Gesetzentwurf in seiner 39. Sitzung am 25. September 2013 nach der ersten Lesung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss – unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ – erfolgen solle. Heute finde die Detailberatung des Haushalts hinsichtlich der Einzelpläne 11 und 15 statt, soweit sie die Zuständigkeitsbereiche des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales betreffen.

Es lägen zwei Anträge der Fraktion der Piraten – jeweils einer zu den beiden aufgerufenen Einzelplänen – vor. Er weise darauf hin, dass das Angebot, vonseiten der Fraktionen schriftliche Fragen an die Ministerien zu richten, von keiner Fraktion wahrgenommen worden sei. Er schlage vor, die vorliegenden Anträge im Detail zu beraten. Im Übrigen hätten ihm die Piraten schriftlich signalisiert, dass sie über ihren Antrag zum Einzelplan 15 erst im Haushalts- und Finanzausschuss abstimmen lassen wollten.

Einzelplan 11

Der Antrag der Piraten bezüglich des Einzelplans 11 betreffe Kapitel 11 041. Danach solle ein neuer Titel „Zuschüsse des Landes zur Fortführung der Schulsozialarbeit“ geschaffen werden.

Olaf Wegner (PIRATEN) begründet den Antrag wie folgt: Angehörige seiner Fraktion hätten Gespräche mit Vertretern von Schulen bzw. mit Schulsozialarbeitern geführt, in denen diese darauf hingewiesen hätten, dass ihre Stellen nach derzeitigem Stand bis zum 31. Dezember dieses Jahres befristet seien. Die betroffenen Kinder stünden dann „im Regen“. Seine Fraktion finde es unsäglich, dass das Land, was die Finanzierung anbelange, stets auf den Bund verweise. Den Kommunen müsse zumindest signalisiert werden, dass die Schulsozialarbeit weitergeführt werden könne. Eine später erfolgende positive Entscheidung hätte katastrophale Auswirkungen, weil viele

Schulen dann das Schuljahr ohne Schulsozialarbeiter zu Ende bringen müssten. In jedem Fall müsse sichergestellt werden, dass die Schulsozialarbeiter zumindest erst einmal im nächsten Jahr weiterarbeiten könnten.

Michael Scheffler (SPD) stellt fest, der Ausschuss sei sich einig, dass die Schulsozialarbeit erhalten bleiben müsse. Der Bund befinde sich aber in der Finanzierungsverantwortung. Deswegen könne seine Fraktion nicht zustimmen, den Landeshaushalt mit den beantragten 102 Millionen € zu belasten. Im Übrigen sei auch kein Deckungsvorschlag gemacht worden.

Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE) schließt sich der Meinung Ihres Vordredners an: Auch die Grünen seien dafür, die Schulsozialarbeit weiterzuführen. Das sei aber auch eine Bundesangelegenheit. Sie gebe der antragstellenden Fraktion insoweit recht, als jetzt gehandelt werden müsse. Jedoch sei zu berücksichtigen, dass die Gelder, die in den vergangenen Jahren für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt worden seien, noch nicht in Gänze ausgegeben worden seien. Für 2014 bestünden durchaus noch Reserven. Im Grunde genommen könne die Schulsozialarbeit – wenn das Geld zweckentsprechend eingesetzt werde – in allen Städten und Gemeinden des Landes weitergeführt werden.

Peter Preuß (CDU) ist der Ansicht, dass die Schulsozialarbeit nicht Sache des Bundes sei. Es handele sich, was das Bildungs- und Teilhabepaket anbelange, um eine Anschubfinanzierung. Es sei bei Verabschiedung des Bildungs- und Teilhabepakets sehr klar gesagt worden, dass nach Ablauf der Anschubfinanzierung die Länder für diese Aufgabe zuständig seien.

Im Rahmen von Haushaltsberatungen sei es jedoch wichtig zu wissen, auf welche Weise Deckung erreicht werden könne. Seine Fraktion vermisse ebenfalls einen Deckungsvorschlag der Piraten.

Vorsitzender Günter Garbrecht fasst noch einmal zusammen: Bei der bisher erfolgten Behandlung des infragestehenden Themas im Plenum seien unterschiedliche Positionen zutage getreten. Unabhängig davon sei festzustellen, dass es erhebliche Restmittel gebe, die noch nicht verausgabt worden seien. Er wäre im Rahmen einer sachgerechten Behandlung des zur Diskussion stehenden Antrags dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales dankbar, wenn es bis zur nächsten Sitzung – zumindest aber bis zur zweiten Lesung im Plenum – eine Übersicht darüber erstellen würde, in welchen Kommunen es noch Spielraum gebe.

Minister Guntram Schneider (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales) erklärt, sein Haus sei in der Lage, bis zur zweiten Lesung die gewünschte Aufstellung vorlegen. Nach seiner Kenntnis sei bei einer Umwidmung der Mittel in den meisten Kommunen die Finanzierung gesichert. Dies sei aber lediglich die zweitbeste Lösung. Es würden klare Verhältnisse benötigt.

Im Übrigen müsse er Herrn Preuß widersprechen. Es handele sich bei der Schulsozialarbeit nicht um eine originär bildungspolitische Aufgabe. Schulsozialarbeit umfasse weitaus mehr als den Bereich von Schule und Bildung. Deshalb werde sein Haus versuchen, zu erreichen – in drei Wochen werde feststehen, ob das Erfolg gehabt habe –, dass in Zukunft die nötigen Mittel vom Bund gezahlt würden. Es gebe auch Angehörige der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die der Auffassung seien, die Schulsozialarbeit solle auf Bundesebene angesiedelt werden.

Torsten Sommer (PIRATEN) stellt abschließend fest, seine Fraktion gehe es bei dieser Aufgabe um die Sicherstellung von Kontinuität. Für jeden Euro, der auf diesem Gebiet zu wenig ausgegeben werde, müsse in ein paar Jahren zehnfach gezahlt werden.

Einzelplan 15

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, es liege der Antrag der Fraktion der Piraten zu Titel 61 in Kapitel 15 260 „Zentrale Stelle Gesunde Kindheit“ vor, den Baransatz um 800.400 € auf null zu reduzieren.

Olaf Wegner (PIRATEN) meint, seine Fraktion sei – auch nach den Expertengesprächen zu diesem Thema – der Ansicht, dass der infragestehende Betrag besser eingesetzt werden könne, um Kindeswohlgefährdungen aufzudecken. Laut Statistik seien gerade einmal Mittel für fünf Kinder aus diesem Titel in Anspruch genommen worden.

Es sei immer argumentiert worden, dass durch das in Rede stehende Verfahren die Teilnahme an den U3-Untersuchungen erhöht worden sei. Das könne seine Fraktion nicht ganz nachvollziehen; denn in anderen Bundesländern seien Erhöhungen auch ohne dieses Verfahren zu verzeichnen gewesen.

Arif Ünal (GRÜNE) stellt fest, im Rahmen von Haushaltsberatungen könnten nicht ohne Weiteres Mittel für die Arbeit des Landeszentrums Gesundheit gestrichen werden. Es könne aber darüber diskutiert werden, wie die Teilnahmequote bei den U3-Untersuchungen vor Ort erhöht werden könne. Dafür sei aber eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema vonnöten. Generell sei seine Fraktion bereit, über Kindeswohlgefährdung und Teilnahmequoten bei U3-Untersuchungen zu einem späteren Zeitpunkt zu sprechen.

Vorsitzender Günter Garbrecht stellt fest, der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend habe zu der entsprechenden Durchführungsverordnung, die dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales bereits vorgelegen habe, eine Sachverständigenanhörung durchgeführt. Das Protokoll dieser Anhörung – APr 16/355 –, auf welches die Antragsteller Bezug genommen hätte, liege vor. Die Auswertung dieser Anhörung, an welcher der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales nachrichtlich beteiligt gewesen sei, werde bei der nächsten Sitzung unter Tagesordnungspunkt 1

vorgenommen. Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter werde dann Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen. Dann könne eine sachgerechte Debatte über den zur Diskussion stehenden Antrag durchgeführt werden.

Staatssekretärin Marlis Bredehorst (Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter) ergänzt, dass der zur Diskussion stehende Punkt nicht einfach mit einem Haushaltsantrag zu bereinigen sei. Es gebe dazu auch noch gesetzliche Grundlagen.

Der Ausschuss will in der nächsten Sitzung eine Debatte über die Ergebnisse der Sachverständigenanhörung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend zu diesem Thema führen.

